

ber 1932
entomern
einem Ver-
3,8 BRIL
st beendet.
ng Frig
enlobe-
denobant
4. 11. 1932
eitere Teil-
ehmen.
d die aus-
gere Surfe
Terdenz
shmen, die
ken sollen.
auptlich
ängt. Es
n 31. 10.:
18.50-20
59 (uno),
u.), dracht-
-33 (uno).

Der Gesellschaftler

Amts- und Anzeigebblatt für

den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feierstunden“
„Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspreis: Beim Bezug in der Stadt
beim Agenten monatl. RM. 1.50 einschl.
13 bzw. 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug
durch die Post monatl. RM. 1.40 einschl. 13 Pfg.
Postzustellgebühr, zusätzl. 36 Pfg. Bestellgeb.
Einzelnumm. 10 Pfg. Schriftlein., Druck und
Verlag: G. W. Jaiser (Jah. H. Jaiser), Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage
„Garten, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 spaltige Borgit-Zeile ober-
dem Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J.
Kleinanzeigen 60 J., Sammel-Anzeigen 50%
Ausschlag. Für das Erscheinen von Anzeigen
in bestimmten Ausgaben und an besonderen
Plätzen, wie für Telefon, Aufträge und Chiffre-
Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschaftler Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postl. Kto. Stuttgart 5113

Nr. 263

Geegründet 1827

Mittwoch, den 9. November 1932

Heftnummer Nr. 29

106. Jahrgang

Ein offenes Wort Papens an die ausländischen Pressevertreter

Berlin, 8. Nov. Auf dem Frühstück des Vereins der ausländischen Presse hielt Reichskanzler von Papen heute vormittag eine Rede, in der er zunächst seinen Gesamteindruck der Reichstagswahl schilderte. Eine kritische Aufnahme des Verhandlungsfalles für die Regierungsarbeit ist festzustellen, betonte der Kanzler. Keine Partei wird noch Berechtigung zu der Annahme haben, daß sie die Alleinherrschaft in Deutschland ausüben kann. Dagegen glaube ich die Hoffnung hegen zu dürfen, daß es nunmehr zu einer wirklichen nationalen Konzentration komme; möge die erfreuliche Einigkeit, die das deutsche Volk heute in den großen Fragen der auswärtigen Politik durch alle Parteien hindurch befeuert, jetzt auch der Führung der Gesamtpolitik die notwendige breite Grundlage schaffen. Personalfragen spielen hierbei — ich habe es schon immer betont — keine Rolle. Die sachlichen Ziele der Regierung, die Sie kennen, werden unverändert verfolgt werden.

Von dem Grad der Einführung in unsere individuellen Lebensverhältnisse, den Sie, meine Herren, aufbringen, wird es abhängen, ob Ihre Nation uns mit den richtigen Augen sieht. Kein Volk ist mehr in der Gefahr, mißverstanden zu werden, als das deutsche. Man muß uns mißverstehen, wenn man die Verhältnisse anderer Völker auf uns überträgt, denn unsere Geschichte ist eine andere als die Ihres. Deutschland ist von jeher das Schlachtfeld der Ideen gewesen. Deutschland bildet das Kampffeld zwischen dem Rationalismus des Westens und dem Irrationalismus des Ostens. Politischer Kampf ist bei uns zugleich ein Kampf der Weltanschauung. Schöpferisch kann deshalb in Deutschland heute mehr denn je nur eine Politik sein, die aus dem Glauben kommt. Diesem tiefsten Grund entspringt allerdings auch größtenteils die das Ausland oft befremdende Schärfe unserer politischen Gegensätze. Unsere Lage als Mittelland Europas und unsere geschichtliche Entwicklung hat uns einen unerlöschlichen Reichtum kultureller Gestaltung in den verschiedenen deutschen Stämmen und Ländern beschert, dessen Pflege und Förderung die große Aufgabe der deutschen Kulturpolitik sein muß. Aber nach außen stellt sie uns ebenso zwingend vor das Problem kultureller und politischer Selbstbehauptung.

Vornehmlich in politischer Beziehung ist unsere Mittel-lage voller Gefahren. Unsere heutige politische Lage ist nur verständlich aus jener unablässigen Verflechtung von Innen- und Außenpolitik in den letzten 20 Jahren. Mancher, der heute im Ausland die Stärke unserer radikalen Strömungen mit Beforgnis verfolgt, wird sich gelassen müssen, daß diese ihre stärksten Antriebe aus den politischen Methoden erhalten haben, die man seit 1918 von außen her gegen uns gerichtet hat. Die ganze Reihe der Interventionen der Siegermächte, welche den deutschen Regierungen immer neue Demütigungen zumuteten, trägt ein großes Maß von Schuld an der allgemeinen Radikalisierung der Bevölkerung der innerpolitischen Lage.

Aus diesem gewichtigen Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik ergibt sich für das deutsche Volk die schicksalhafteste Aufgabe, eine Gestalt für seine Staatsführung zu finden, welche den dauernden Notwendigkeiten seiner Lage in Mitteleuropa und der besonderen Schwierigkeiten seiner heutigen Lage in gleicher Weise entspricht. Die erste Voraussetzung hierzu ist die Wiederherstellung der vollen Hoheit des Staats und die Einrichtung einer stetigen, machtvollen Regierungsgewalt. Eine solche autorisierte Staatsführung steht nicht im Widerspruch zu dem Grundgedanken der Demokratie, der, wie in vielen Staaten der Welt, auch die Grundlage unserer Verfassung bildet. Demokratie und Autorität sind keine Gegensätze, sondern notwendige Ergänzungen. Die Augen der Welt sind heute auf die Vereinigten Staaten von Amerika gerichtet, wo ein großes Volk seine Staatsführung für die nächsten 4 Jahre in die Hände eines Mannes legt. Ist es denn undemokratisch, frage ich, dem Land einen verantwortlichen Staatschef zu wählen? Dann kann es nicht weniger demokratisch sein, als die autonomen Mächte der Parteibürokraten, die sich zwischen Regierung und Volk geschoben haben, auszuscheiden. In unserem deutschen Reichspräsidenten hat sich die Wahl durch die Mehrheit des Volkes, also ein Akt unmittelbarer Demokratie, mit der geschichtlichen Autorität seiner Person vereinigt. Damit ist der ruhende Pol geschaffen, von dem aus auch die verschiedenartigen Bewegungen unseres politischen Lebens gemeißelt werden können. Den Entscheidungen, die von ihr ausgehen werden, können wir mit Vertrauen und Zuversicht entgegensehen.

Die Herstellung einer starken deutschen Staatsgewalt ist nicht nur eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland, sondern die wichtigste Frage Europas. Nicht eher werden Ruhe und Frieden in Europa herrschen, bis man dem deutschen Volk die lebensnotwendigen Voraussetzungen zugestanden hat, die ihm eine friedliche und sichere Entwicklung gewährleisten. Deutschlands auswärtige Politik seit dem Krieg ist stets darauf gerichtet gewesen, die Anerkennung jener für das Leben der deutschen Nation elementaren Bedingungen durchzusetzen. Deutschland kann nicht heute, 14 Jahre nach der Beendigung des Krieges, noch immer in der Rolle des Besiegten festgehalten werden. Wir verlangen die Gewährung der gleichen Rechte, die für alle anderen

gelten, nicht als eine Gabe oder eine Wohlthat, sondern als unseren unverzichtbaren Anspruch. Ich stelle hier nichts Neues fest, wenn ich ausspreche: Der Vertrag von Versailles hat keinen wahren Frieden gebracht. Er hat es offenbar selbst nicht gewollt, denn er trägt nicht einmal den Namen eines Friedensvertrags. Und in keiner Einleitung steht die sonst übliche Versicherung, daß von nun an Friede und Freundschaft zwischen den bisher Kriegführenden herrschen solle. Er ist ursprünglich nur als Präliminarvertrag gedacht gewesen, und er enthält eine Revisionsklausel, die für alle seine Bestimmungen gilt. Es muß das Ziel nicht allein der deutschen, sondern der europäischen Politik sein, die Bestimmungen, die durch Zwang auferlegt wurden, durch Lösungen zu ersetzen, die dem freien Ermessen aller Beteiligten entspringen. Darin sollten andere Völker uns helfen und unseren Bestrebungen Verständnis entgegenbringen, denn weder durch List noch durch Drohungen werden wir uns für alle Zukunft an Lösungen binden lassen, die uns mit Gewalt aufgezwungen wurden. Unser Weg wird der Weg friedlicher Verständigung sein. Wir haben diesen Weg in Locarno beschritten und in Lausanne fortgesetzt, und wir werden ihn weitergehen, um jenen großen Grundfragen, auf die verträglich wie 1918 die Waffen niedergelegt, die Herrschaft über Europa zu verschaffen.

Die Weltwirtschaftskrise hat den katastrophalen Charakter nur annehmen können, weil die internationale Verschuldung und die Hemmnisse des Warenverkehrs sich gegenseitig in ihren trübenhaften Wirkungen steigerten. Die Konferenz von Lausanne hat ohne Zweifel einen Auschnitt aus diesem Problemkreis auf festen Boden gestellt und dadurch beruhigend und reinigend gewirkt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der heute noch zu lösende Rest der internationalen Probleme vielleicht größer ist als der Anteil, der in Lausanne eine Vereinigung erfahren hat. Unter diesem Gesichtspunkt kann die Aufgabe und Bedeutung der Weltwirtschaftskonferenz nicht hoch und entscheidend genug für eine weitere Erholung der Weltwirtschaft der Welt eingeschätzt werden. Dieser Verantwortung müssen sich die führenden Staatsmänner bewußt sein.

Zu dem französischen „Konstruktiven“ Sicherheitsplan bemerkte der Reichskanzler: Der Plan sieht anscheinend voraus, daß alle europäischen Festlandstaaten gleichartige Heere erhalten. Das erscheint vom deutschen Standpunkt durchaus erwägenwert. Wir haben zurzeit eine Heeresverfassung, die uns durch Diktat aufgezwingen wurde, und führen Klage darüber, daß unsere Soldaten nicht mit denen anderer Länder gleichwertig sind, weil sie nicht die gleiche Bewaffnung wie diese führen dürfen. Die französische Regierung geht anscheinend davon aus, daß erst gleichwertige Wehrverfassung und gleichartige Bewaffnung die Heere der verschiedenen Länder wirklich vergleichbar macht. Diesen Standpunkt erachte ich als einen großen Fortschritt, wenn das Heer nur noch der Verteidigung dienen soll. Die deutsche Regierung, die den Frieden wünscht, weil sie wie keine andere Nation der Welt der Segnungen des Friedens bedarf, stellt ihre Politik unter dem Gesichtspunkt wirtschaftlicher, allgemeiner Abrüstung. Sie wird jede Maßnahme begrüßen, welche die Verteidigungskraft im Gegensatz zur Angriffskraft stärkt und Deutschlands Anspruch auf gleiches Recht und gleiche Sicherheit verwirklicht. Aber wir werden nicht an einer Abrüstungsvereinbarung mitarbeiten, solange wir nicht wissen, ob sie in ihrem ganzen Umfang für uns selbst Geltung haben soll.

Verständigung?

Berlin, 8. Nov. In politischen Kreisen wird die Lage etwa wie folgt beurteilt: Die Wahlen vom 6. November haben nicht dazu gedient, den Streit zwischen Präsidialregierung und Volksvertretung zu beenden. Die parteipolitische Kräftegruppierung hat sich zwar verschoben, sofern die „schwarz-braune“ Mehrheit nicht mehr besteht. Die entscheidende Frage auf dem Gebiet der in Angriff zu nehmenden Verfassungsreform ist aber, mit welchen Mitteln die Reichsregierung ihre Pläne zu verwirklichen beabsichtigt. Nach der Verfassung ist eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags notwendig. Wenn man von negativen sozialistischen Mehrheiten absieht, bleibt für die Bildung einer Regierungsmehrheit allein die Verbindung der nationalen Rechten mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei übrig. Einschließlich aller Splittergruppen würde diese Verbindung zwar die zwei Drittel (389) noch nicht ganz erreichen, sie könnte aber eine tragfähige Grundlage für eine Regierung abgeben. Eine parlamentarische Mehrheitsbildung ist also denkbar.

In einer seiner letzten Reden hat Reichskanzler v. Papen erklärt: „Wenn der neue Reichstag sich der Aufgabe des Neubaus des Reichs versagt, trägt der Staat aus jenseits der parlamentarischen Regierungsform Existenzrechte in sich.“ Das ist deutlich. Mit einer neuen Parlamentsauflösung wäre aber nicht viel gewonnen, mögen auch, wie kürzlich

Tagespiegel

Das Reichskabinett tritt am Mittwoch zu einer Aussprache über die Lage zusammen.

Im Wahlbericht des Kreises 26 (Franken) hat sich ein Rechenfehler von 51 981 Stimmen eingeschlichen. Davon fallen auf die Nationalsozialisten 18 882 Stimmen, so daß es ihnen für einen weiteren, den 196. Abgeordneten, reicht. Die Gesamtzahl der Abgeordneten erhöht sich auf 583.

Der Untersuchungsausschuss des preussischen Landtags im Fall Klepper tritt am 17. November wieder zusammen. Bezüglich der Geldverwendungen an die „Köln. Volkszeitung“ sind Finanzminister a. D. Höpker-Aschhoff, Finanzminister Klepper, Hauptschriftleiter Metzger (Landw. Wochenschau), Reichswehrminister Scheider und Staatssekretär Pfand als Zeugen geladen.

Im Bombenverletzungsfall in Allenstein (Ostpr.) wurden die Nationalsozialisten Bethe, Franz Weiß, Quastel und Kimmel zu je 5 Jahren Zuchthaus verurteilt, Wilhelm Eis und Hellwich zu je einem Jahr Zuchthaus, Demofski zu einem Jahr Gefängnis, Perna zu 15 Monaten Zuchthaus und Juchta zu 9 Monaten Gefängnis. Sieben Angeklagte wurden freigesprochen.

Der Kaufmann Ernst Wernide in Bornim (Reg.-Bezirk Potsdam) hat als Leiter der Spar- und Darlehenskasse des Kreises Osthavelland 200 000 Mark veruntreut.

In der Kaserne des 7. Bayerischen Pionierbataillons wurde in der Nacht zum Dienstag ein Gefreiter dieses Bataillons vom Kasernenposten für einen Einbrecher gehalten und nach mehrmaligem Anruf, auf den keine Antwort erfolgte, durch einen Schuß schwer verletzt. Der Gefreite starb in der gleichen Nacht.

Die völkerverbündliche Regierungskommission des Saargebietes hat sämtliche militärische Organisationen der Nationalsozialisten, insbesondere die Sturmabteilungen (SA), die Schutzstaffeln (SS.) und das Kraftfahrkorps usw. angegriffen, weil die NSDAP, in einem Flugblatt am 2. November die Bevölkerung gegen die Polizei aufgewiegelt habe.

Die Eröffnung der Weltwirtschaftskonferenz, die für Februar n. J. vorgesehen war, wird wahrscheinlich auf März oder später verschoben werden. In den Beratungen des vorbereitenden Ausschusses ist der Eindruck verstärkt worden, daß ohne die Vereinigung der Kriegsschulden die Konferenz zu einem Fehlschlag verurteilt sein müßte und sie unter den ungünstigsten Umständen zusammenzutreten würde, wenn nicht vorher durch eine wirkliche und wirksame Abrüstung das Vertrauen in der Welt wieder gewonnen wäre.

Die Präsidentschaftswahl in Amerika weist eine außerordentlich starke Beteiligung der Wähler namentlich in den Oststaaten auf. Bis zu den Abendmeldungen schien Roosevelt an der Spitze zu sein.

gesagt wurde, einige Oppositionsklassen so leer geworden sein, daß dort keine Lust zu Neuwahlen mehr besteht. Somit scheint die Lage doch auf einen Zusammenstoß zu drängen, unter Mitwirkung oder „Tolerierung“ des Zentrums. In seiner Rede in Münster hat ja auch der Zentrumsführer Dr. Kaas eine „deutsche Not- und Mehrheitsgemeinschaft“ gefordert, die die Aufgabe hätte, einer vom Vertrauen des Reichspräsidenten und einer Parteimehrheit getragenen Regierung, also einer „autoritären“ Regierung, Arbeitsfreiheit zu gewähren. Freilich wollen Zentrum wie Nationalsozialisten dabei mindestens den Namen Papen gestrichen wissen.

Die Reichsregierung hat bereits erklärt, daß ihr eine Verständigung willkommen wäre und daß sie die Arme offen halte. Es ist daher wohl anzunehmen, daß der Reichspräsident noch einmal den Versuch des Ausgleichs machen wird. Voraussetzung wäre allerdings, daß auch die Deutsch-nationale Volkspartei sich zur Mitwirkung bereit erklärt. Sollten aber die Bemühungen nicht anders verlaufen als am 13. August, so wäre wohl dasselbe Ergebnis zu erwarten wie damals.

Papen bei Hindenburg

Berlin, 8. Nov. Gestern nachmittag hat der Reichskanzler dem Reichspräsidenten über die durch die Reichstagswahlen geschaffene Lage Vortrag gehalten. Wie verlautet, hat der Reichspräsident den Entschluß der Reichsregierung, am bisherigen Kurs festzuhalten, gebilligt. Ein Zusammenarbeiten mit den Parteien wäre zu begrüßen unter der Voraussetzung, daß die Arbeit der Regierung nicht gestört, sondern gefördert oder „geduldet“ werde.

In einer Unterredung mit einem Pressevertreter erklärte der Reichskanzler: Ich betrachte die Verschiebungen durch die Wahl nicht als ausreichenden Grund, den Kurs zu ändern. Das Kabinett wird, gestützt auf das Vertrauen des Reichspräsidenten, vor allem am Grundgedanken der Heberparitätlichkeit festhalten und sich weiter vorwiegend der Aufrechterhaltung der Ordnung, der Wiederherstellung des wirtschaftlichen Wohlstands und der Achtung vor dem Gesetz widmen. Auf dem Gebiet der Außenpolitik wird es seine Aufgabe in der Bewirklichung der wohlbedachten und



Iprüche Deutschlands sowie in der Förderung des Friedens und der Abrüstung sehen. Ich kann nur die Hoffnung ausdrücken, daß sich im neuen Reichstag eine genügende Anzahl von Männern finden möge, die von dem gleichen Wunsch befeuert und bereit sind, an diesen Aufgaben wirksam und einmütig mitzuarbeiten.

Das wichtigste Ergebnis der Wahl besteht darin, daß die Mehrheit von Nationalsozialisten und Zentrum unmöglich ist ohne Hilfe der Deutschnationalen Volkspartei. Vielleicht dürfte es möglich sein, eine Grundlage zu finden, auf der diejenigen Parteien, die für Gesetz, Ordnung und christliche Weltanschauung eintreten, sich zu gemeinsamer Arbeit vereinen können, da die bürgerlichen Mittelparteien gut abgemessen haben. Die Regierung ist gern bereit, ihre Hand jedem einzelnen und jeder Parteigruppe zu reichen, die guten Willens ist, loyal mit uns an der Lösung der nationalen Fragen mitzuarbeiten.

„Recht ohne Macht ist Hilflosigkeit“

Zwei deutsche Reichsminister brachten am 7. November große Artikel in englischen Blättern über Deutschlands Standpunkt zur Abrüstung: Frhr. v. Neurath im „News Chronicle“ und General Schleicher im „Daily Express“.

Der Aufsatz des Reichsaußenministers stellt in überzeugender Weise zunächst den historischen Verlauf der Abrüstungsfrage von den Tagen von Versailles bis zur Genfer Entscheidung dar, die Deutschlands Rechtsanspruch in keiner Weise berücksichtigte. Diese Entscheidung habe selbstverständlich die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung hervorgerufen. „Ich brauche kaum zu betonen“ — so schreibt Neurath —, „daß die Frage der Gleichheit eine Frage aus Leben und Tod für das deutsche Volk bedeutet und daß es darüber keine Meinungsverschiedenheiten in Deutschland gibt. Deutschlands Teilnahme an irgendeiner Konferenz kommt nur in Frage, wenn sie auf dem Grundsatze der Gleichheit beruht, das heißt der vollen Gleichheit in bezug auf die Rechte und Verpflichtungen mit allen Mitgliedern der Konferenz. Deutschland ist immer noch bereit, an der allgemeinen Abrüstung mitzuarbeiten und keine andere Nation ist tiefer als Deutschland an einer möglichst radikalen und allgemeinen Abrüstung interessiert. Aber die deutschen Abrüstungsverpflichtungen, die immer nur als ein Anfang betrachtet worden sind, müssen in den allgemeinen Abrüstungsabkommen ergänzt werden.“

Einige ausländische Zeitungen haben uns beklagt, daß wir die Abrüstungskonferenz in eine Rüstungskonferenz verwandeln wollten. Unsere Anklage entstellen die Tatsachen. Deutschland wünscht nicht zu rüsten, aber die anderen Länder weigern sich, abzurüsten und die gleichen Verpflichtungen auf sich zu nehmen wie Deutschland.

General Schleicher stützt sich vollständig auf das Recht der Selbstverteidigung, das einer der ältesten Rechtsgrundsätze und die Vorbedingung jeder geordneten Gesellschaft sei. Die Selbstverteidigung habe kein anderes Ziel als die geistige, physische und materielle Vorbereitung des Volks auf die Pflicht der nationalen Verteidigung. Das hat nichts mit „Militarismus“ und nichts mit Angriffslust zu tun, im Gegenteil, es ist der sicherste Schutz für den Frieden, denn der Mißbrauch militärischer Macht müsse aufhören, wenn die Verteidigungskraft des Staats groß genug sei, um einen Angriff auf diesen Staat gefährlich zu machen.

„Wie kann ein Verteidigungsheer ohne Flugzeuge, Tanks, schwere Artillerie, Soldaten und Rüstungsindustrie die Landesgrenzen gegen Heere verteidigen, die während des Rüstungswettlaufs der letzten zwölf Jahre gerade diese Angriffswaffen aufs höchste entwickelt haben? Wie kann sich die Nation sicher fühlen, wenn ihre Schutztruppen streng vom Volk isoliert sind, wenn ihre unbefestigten und entmilitarisierten Grenzen von modernen Festungen begrenzt werden, die von Waffen starren? Und wenn sie der aktiven Mittel ihrer Selbstverteidigung beraubt sind?“

Der ganze Verlauf der letzten Jahre hat diese Fragen beantwortet: Rheinlandbesetzung, Ruhrbesetzung, Verbot der deutsch-österreichischen Zollunion usw.

Deutschland muß aus diesem tödlichen Gürtel heraus, wenn es leben will. Wir müssen der Wahrheit ins Auge sehen, daß Recht ohne Macht Hilflosigkeit bedeutet, Macht ohne Recht aber nichts anderes als Tyrannei.“

Neue Nachrichten

Der Berliner Streit abgebrochen

Berlin, 8. Nov. Die Streikleitung hat gestern spät abends beschlossen, den Streik bei der BVG. abzubrechen, da die Fortsetzung des Streiks nutzlos sei, nachdem sich so viele Arbeitswillige gemeldet hätten, daß am Montag der Gesamtverkehr zu drei Vierteln habe durchgeführt werden können.

Der Verkehr wurde am Dienstag voll wieder aufgenommen. Gegen die Aufwiegler und Sachbeschädiger wird scharf vorgegangen. Einer derselben wurde vom Schnellrichter wegen Aufforderung zu Gewalttätigkeiten bereits zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Sechs weitere wurden dem Sondergericht wegen Transportgefährdung und Landfriedensbruch überwiesen. Soweit Verdacht eines hochverräterischen Unternehmens vorliegt, werden die Akten dem Oberreichsanwalt zugeföhrt.

Die Leistung der BVG. hat weiteren 1000 Taktoren und Schaffnern sowie 500 Werkstättenarbeitern die Entlassungspapiere zugeföhrt, die am Dienstag zu der äußersten Frist um 2 Uhr nachmittags zur Arbeit nicht erschienen waren. Bereits am Samstag waren von den rund 12 000 Streikenden 1000 entlassen worden, die sich besonders durch Sachbeschädigung, Bedrohung von Arbeitswilligen usw. strafbar gemacht hatten.

Der Pleß-Prozeß im Haag

Haag, 8. Nov. Vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof begann gestern der Prozeß gegen Polen in Sachen der Steuerfiskalen und Polonisierungsversuche bei der Fürst Pleßschen Güterverwaltung in Ostoberschlesien.

Die Angelegenheit ist seit zwei Jahren beim Völkerbundsrat anhängig und wurde durch diesen nach dem Haag verwiesen.

Der deutsche Standpunkt in der Klage geht dahin: 1. daß das Verhalten der polnischen Behörden und Regie-

rungen in Sachen der Einkommensteuer 1925 bis 1930 eine Verletzung des Minderheitenvertrags darstellt; 2. daß die polnische Regierung für den hierdurch entstandenen Schaden Ersatz zu leisten habe; 3. daß die Fürst Pleßsche Güterverwaltung bei der Anstellung von Beamten und Arbeitern völlige Freiheit, ohne Rücksicht auf Sprache und Volkstum habe.

Die polnische Regierung hat gegen die Behandlung der Angelegenheit vor dem Haager Gerichtshof unter dem 10. Oktober schriftlichen Einspruch erhoben. Die Verhandlung, deren Dauer man auf drei bis vier Tage veranschlagt, wird sich also zunächst um die Zuständigkeit des Gerichtshofs drehen. Sachwalter der deutschen Interessen ist Professor Dr. Erich Kaufmann, Berlin.

Erörterung der französisch-italienischen Beziehungen

Rom, 8. Nov. Der italienische Botschafter in London, Grandi, ist in Rom eingetroffen, um an den Besprechungen mit dem amerikanischen Vertreter bei der Abrüstungskonferenz, Norman Davis, teilzunehmen, der die Erörterung der französisch-italienischen Beziehungen zur See fortsetzt, die er in Paris und Genf begonnen hatte.

Wie der Timeskorrespondent in Rom berichtet, wird der Meinungsaustausch zwischen Davis und Mussolini bestätigen, daß die Ansichten beider Länder bezüglich der Abrüstungskonferenz in der Hauptsache übereinstimmen.

Der diplomatische Mitarbeiter des Londoner „Daily Telegraph“ schreibt, Herriot und seine Ratgeber seien offenbar zu der Überzeugung gekommen, daß das unvermeidliche Ergebnis einer „Politik der Radeltische“ und eines fortgesetzten Widerstands gegen italienische Wünsche nur das sein würde, Italien und Deutschland zu einem Zusammenschlag gegenüber Frankreich zu zwingen. Britische Kreise begrüßen warm jede französisch-italienische Entspannung, andererseits bedauere man die Pariser Vorschläge, die auf eine Wiederbelebung des Gedankens eines Mittelmeerpakts zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien hindeuten.

Die Wahl in Amerika

Washington, 8. Nov. Heute fand in den Vereinigten Staaten die Wahl der Wahlmänner für die Präsidentschaft statt.

Der Kampf um die Präsidentschaft fand am 7. Freitag seinen Höhepunkt in Neben Hoovers und des neuen Mitbewerbers Roosevelt, die durch Rundfunk im ganzen Gebiet der Vereinigten Staaten verbreitet wurden. Im Verhältnis zu der Bedeutung der Wahl waren die letzten Tage ziemlich ruhig verlaufen. Fast 47 Millionen Wähler sind stimmberechtigt und man erwartete eine Rekordbeteiligung von 41 Millionen. Die unvermeidlichen Wetten standen 6:1 für den Demokraten Roosevelt. Die Republikaner geben zwar zu, daß viele Hoover-Wähler aus Verärgerung für Roosevelt stimmen werden, sie waren aber von dem seit des Demokraten Wilson schmählichem Abgang nach dem Krieg herkömmlichen Übergewicht der Republikaner überzeugt und rechneten mit 383 Wahlmännerstimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 266 Stimmen.

Von den „Proteststimmen“ sind viele dem sozialistischen Bewerber Norman Thomas zugefallen. Seine Partei rechnete mit etwa 2 Millionen Stimmen, die er erhalten werde, also etwa doppelt so viel, als die Sozialisten in ihrem „Rekordjahr“ 1920 erreicht haben. Der Endkampf drehte sich um die Fragen Wirtschaftskrise und Alkohol.

Andschlag gegen Hoover?

San Francisco, 8. Nov. Der Sonderzweck, der Präsident Hoover nach Palo Alto (Kalifornien) brachte, mußte infolge eines geheimnisvollen Zwischenfalls bei Winnemucca (Nevada) anhalten, da ein Brückenwächter die Stanole auf Halt gestellt hatte. Als man ihn fragte, aus welchem Grund er dies getan habe, entlockte er seinen Oberkörper, der mehrere Messerfische aufwies. Als man die Umarmung abfuchte, fand man ein Dynamitpaket dicht bei der Brücke und ein zweites Paket in einem Busch. Nach 20 Minuten Aufenthalt fuhr der Zug weiter. Da die Brücke selbst keinerlei Beschädigungen aufwies, ist der Fall noch dunkel.

Württemberg

Stuttgart, 8. November.

Gewerbesteuer und freie Berufe. Angesichts der von der Regierung angeordneten Steuererhöhung durch die Gemeinden hat sich der Verband württ. Gewerbevereine erneut an das württ. Finanzministerium dringend gewandt und die Eingabe der württ. Handwertkammern nachdrücklich unterstützt, in der verlangt wird, daß endlich auch in Württemberg, ähnlich wie dies in einer Reihe anderer Länder in Deutschland bereits der Fall ist, die freien Berufe zur Gewerbesteuer herangezogen werden.

Stuttgart, 8. Nov. Bericht des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland. Am 31. Oktober 1932 standen in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 33 877, in der Krisenfürsorge 65 414 Personen. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 3340 oder um 3,2 v. H., nämlich von 102 631 auf 99 291 Personen (78 743 Männer, 20 548 Frauen) gefallen; davon kamen auf Württemberg

Beamte und Büroangestellte

sollten als Frühstückstrank stets Ovomaltine nehmen. Ovomaltine schafft eine Kraftreserve für den ganzen Tag und Sie überstehen den anstrengenden, nervenzermüdenden Dienst viel besser. Abends sind Sie dann noch frisch und leistungsfähig. Ovomaltine stählt Muskeln und Nerven, schmeckt ausgezeichnet und ist leichtverdaulich. Sie mögen sie schon bald gar nicht mehr entbehren.

Lieber an etwas Anderem sparen, aber Ovomaltine nehmen!

Originaldosens zu RM. 1.15, RM. 2.15 und RM. 4.— in allen Apotheken und Drogerien. Ein Gratismuster erhalten Sie von der Fabrik Dr. A. Wander G.m.b.H., Abt. 201 Osthofen-Rhein.

43 001 gegen 43 735, auf Baden 56 200 gegen 58 896 am 15. Oktober 1932.

Arbeitsuchende waren es 278 812; davon kamen 112 851 auf Württemberg und 157 559 auf Baden.

Vom Landtag. In einer kleinen Anfrage an die Regierung weist der sozialdemokratische Abgeordnete Heymann darauf hin, daß in den Ankündigungen einer Konzertveranstaltung des „Kampfbunds für deutsche Kultur“ in Stuttgart unter Mitwirkung von Mitgliedern der Landestheater der Vermerk stehe: „Juden haben keinen Zutritt.“ Heymann verlangt, daß Mitgliedern der Landestheater die Mitwirkung an Veranstaltungen solcher Richtung verboten werde.

Todesfall. Im Alter von 78 Jahren starb hier Oberlehrer a. D. Dr. rer. nat. h. c. David Geiger. Bis in sein 70. Lebensjahr wirkte er an Volks- und Mittelschulen. Wegen seiner Verdienste um die Naturwissenschaften verlieh ihm die Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Tübingen zu seinem 65. Geburtstag die Würde eines Ehrendoktors. Er war der erste Volksschullehrer, dem diese Auszeichnung zuteil wurde. Der „Verein für vaterländische Naturkunde“ ernannte ihn zum Ehrenmitglied.

Diphtherie. In der Klasse 1e der Neckarmittelschule sind seit Ende Oktober acht Mädchen und die Lehrerin an Diphtherie erkrankt; drei der Mädchen sind gestorben. Auch in der dritten Mädchenklasse sind drei Fälle aufgetreten, ferner wurde in einer Kinderkrippe am Neckartor eine Erkrankung festgestellt. Die eine Schulkasse wurde auf zehn Tage geschlossen und das Zimmer desinfiziert. Möglicherweise muß auch die andere Klasse geschlossen werden.

Deutsche Woche. Am Sonntag, 12. November beginnt in Groß-Stuttgart die Deutsche Woche. Sie steht unter dem Leitpruch Deutsche Arbeit — Deutsche Ware. Zu ihrem Beginn wird in der Stuttgarter Gewerbehalle die „Weihnachtschau Deutsche Ware“ feierlich eröffnet. Die Werbung im Rahmen der Deutschen Woche! Auf Seiten der Frauverbände wird man durch Frauennachmittage; Stuttgarter Bodeninhaber wirken durch Schaulustner-Werbung mit; ein Schwäbischer Handwerker-Abend dient der Idee der Deutschen Woche, ebenso ein Deutscher Bunter Abend, veranstaltet von Künstlern der Landestheater, des Südd. Rundfunks und des Philharmonischen Orchesters Stuttgart; in den Schulen wird ebenfalls für Deutsche Arbeit geworben, jeder Schüler erhält eine Schrift mit auffälligem Inhalt über die Bedeutung des Themas: Deutsche Arbeit — Deutsche Ware.

Besuch. Der erste Vorsitzende der Vereinigung der deutschen katholischen Jugend, Generalpräses Wlgr. Wolter, befindet sich in dieser Woche in Württemberg, um die Orte mit größeren Jugendvereinigungen zu besuchen.

Ludwigsburg, 8. Nov. Im Mortenkranz. Nach kurzer Krankheit starb hier Frä. Martha Jäger aus Mühlberg in Bayern. Am Tag, da sie im Mortenkranz und Schleier hätte vor den Traualtar treten sollen, wurde sie zum großen Schmerz von Mutter und Bräutigam ins Grab geföhrt.

Hoffenheim Olt. Besigheim, 8. Nov. Ein negativer Wahlereord. Hier haben von 729 Wahlberechtigten nur 286 abgestimmt gleich 39 Prozent der Wahlberechtigten. Eine derartig geringe Wahlbeteiligung dürfte einzig dastehen. Eine Wahlbeteiligung von nur 45 Prozent zeigen Hofen und Hohenstein.

Alpirsbach Olt. Oberndorf, 8. Nov. Tödlicher Unfall. Montag früh war Altkorant Philipp Schmid von Kaltbrunn mit seinen Arbeitern mit Kleien beschäftigt. Der erste Stamm traf Schmid so gewaltig auf die Brust, daß der Tod augenblicklich eintrat.

Eßlingen, 8. Nov. Brotpreisabschlag. Laut Mitteilung der Bäckereinnung hat sie mit Wirkung von heute die Brotpreise um 2 1/2 je Kilo gesenkt.

Baunang, 8. Nov. Todesfall. Im Alter von 57 Jahren ist Lederfabrikant Robert Schweizer gestorben. Von 1919—1931 gehörte er dem Gemeinderat an. — Infolge eines Herzschlages starb unerwartet rald Rechnungsrat Karl Koch, der seit 15 Jahren am Amtsgericht tätig ist.

Sternenfels Olt. Maulbronn, 8. Nov. Treibjagd. Die hiesige Oberförsterei hat im Verdinger Staatswald eine Treibjagd abgehalten. Dabei wurden 14 Rehe, sowie 14 Hasen erlegt. Landrat Köger-Maulbronn, der als Gast geladen war, hatte das glückliche Glück, mit einem Schuß zwei dicht beisammenstehende Rehe zu treffen.

Vom unteren Neckar, 8. Nov. Die Bluttat von Neckarelz. Der 28jährige Maurer Frey in Neckarelz, der im Juni d. J. in einem Streit seinen Nachbarn mit dem Jagdgewehr erschossen hat, ist vom Schwurgericht Mosbach zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Onstmettingen Olt. Balingen, 8. Nov. Brand im Rathaus. In der Nacht auf Sonntag wurde das schmucke, altbewährte Rathaus durch Feuer und Wasser teilweise zerstört und stark beschädigt. Gegen 3 Uhr Nachts wurde im Dachstuhl des Hauses Feuer bemerkt, das sich in kurzer Zeit über diesen Teil des Gebäudes ausbreitete. Auf dem Dachboden waren viele Grundbuch- und Nachlass-Akten untergebracht; die ersteren sollen gerettet worden sein. Die erste Hilfeleistung wurde dadurch sehr erschwert, daß sowohl die Telefon- und Lichtleitung als auch der Sirenenruf im Rathaus nicht mehr in Tätigkeit gebracht werden konnten, da vermutlich die Leitungen durch das Feuer schon gestört waren. Wie das Feuer entstand, muß noch geklärt werden.

Burgrieden Olt. Laupheim, 8. Nov. Scheuerbrand. Heute nacht brach in der im Jahr 1920 erbauten Scheuer des Gemeinderats und Maurers Sebastian Häftele Feuer aus, das dieses Gebäude in Schutt und Asche legte. Auch die gesamte Getreideerde ist vernichtet. Man vermutet Brandstiftung.

Oberkälzheim Olt. Laupheim, 8. Nov. Tödlicher Unfall. Der am Freitag nachmittag von einem Raifen der Hochspannungsleitung herabgefallene 13 J. a. Walter, Sohn des Georg Mühlhauer, wurde in schwer verletztem Zustand nach ihm in ärztliche Behandlung gebracht und ist am Samstag nachmittag den Verletzungen erlegen. Er hatte beide Beine gebrochen und schwere innere Verletzungen davongetragen.

Ravensburg, 8. Nov. Das Schwurgericht hat die 51 J. a. Schuhmachermehlerswitwe Emma Briz von Lindau wegen versuchten gewerbsmäßigen Vergehens gegen das leibende Leben zu 1 Jahr 5 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Wegen Beihilfe hierzu erhielt der 70 J. a. Naturheilkundige Josef Fütterer-Friedrichshafen 200 Mark Geldstrafe.

Vor dem Amtsgericht hatte sich der Rehger Paul Spönke aus Ravensburg wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten. Er stieß als Führer eines Lieferwagens der Hütte- und Feldverwertungsanstalt Ravensburg bei Baienfurt an einer Straßenkreuzung mit dem Personenwagen des Pfarrers Scheible aus Nusplingen Oß. Spaldingen zusammen. Der Personenwagen wurde stark beschädigt. Pfarrer Scheible erlitt einen Schädelbruch und eine Gehirnverletzung, er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er erst nach 4 Wochen vernommen werden, aber nichts Bestimmtes mehr angeben konnte. Das Urteil lautete auf 3 Wochen Gefängnis.

Von der Bayerischen Grenze, 8. Nov. Sie wollten ein Eisenbahnunglück erleben. In letzter Zeit wurde wiederholt von Streckengebern die Wahrnehmung gemacht, daß auf den Gleisen der Bahnlinie Donaauwörth-Nürnberg bei der Mattenmühle bei Treuchtlingen Steine lagen. Es gelang nun, die Täter festzunehmen. Es handelt sich um zwei 15 und 17 J. a. in der Mattenmühle bedienstete Knechte aus Langenaltheim, die die Absicht hatten, den nach Donaauwörth verkehrenden Schnellzug auf der hohen Eisenbahnbrücke zur Entgleisung zu bringen. Sie gestanden auch, daß, nachdem die Steine nicht wirksam waren, sie es mit Eisenkeilen versucht hätten. Die jungen Burschen wanderten ins Gefängnis.

Junglingen in Hohenz. 8. Nov. Tödlicher Motorradunfall. Gestern nacht fuhr der 24jährige Rehgergehele Sebastian Dehner aus Großsiefingen, der in Hechingen in Stellung war, mit seinem Motorrad zwischen hier und Schlatt auf einen Baum. Der Beifahrer kam mit geringen Verletzungen davon, während Dehner tot auf dem Pflast blieb.

Aus Stadt und Land

Magold, den 9. November 1932.
Der größte Feind des Rechts ist das Vortrecht.

Amthliche Dienstnachrichten

Uebertreten: Die Stelle des Direktors an der Mädchenmittelschule in Stuttgart-Gartmannst. dem Mittelschulrektor Birke in Göttingen.

Ernannt: Regierungsrat Graf beim Finanzamt Heilbronn zum Oberregierungsrat unter Beförderung als Vorsteher an das Finanzamt Gmünd.

Berufen: Oberregierungsrat Gries beim Landesfinanzamt Münster (Westf.) und Obersteueramt Buh beim Landesfinanzamt Leipzig je an das Landesfinanzamt Stuttgart.
In den Ruhestand versetzt: Steuerdirektor Mayer beim Landesfinanzamt.

Durch Entschließung des Herrn Kirchenpräsidenten ist die Pfarrei Wittendorf, Def. Freudenstadt, dem Pfarrverweser Karl Weber in Wittendorf, Def. Freudenstadt übertragen worden.

Die beiden Wanderpreise des Gesellschafters

Sowohl für die Fußball spielenden Sportvereine, als auch für die Handballmannschaften der Turnvereine des Bezirkes sind ab heute im Schaufenster unserer Buchhandlung zu sehen.

Vom Rathaus

Heute Mittwoch, den 9. November 1932, nachmittags 5 Uhr öffentliche Gemeinderatsitzung.

Tagung der württ. Seminarlehrer

Vor einigen Tagen hielt der württ. Seminarlehrerverein in Stuttgart seine gut besuchte Jahresversammlung ab. Kultusministerium und Behörden waren vertreten. Nach einleitenden Begrüßungsworten des 1. Vorsitzenden, Oberstudienrat Dr. Ulrich-Magold überbrachte Ministerialrat Dr. Reichwänger die Grüße des Kultusministers und zugleich die Anerkennung für die wichtige, verantwortungsvolle und erfolgreiche Tätigkeit der Seminare und Seminarlehrer im großen Dienste der Volksschule. Hieraus folgte ein anderthalbstündiger Vortrag des Universitätsprofessors Dr. Kroh über „Sinn und Aufgabe der Volksschule“. In der sich anschließenden geschlossenen Mitgliederversammlung zeigte der Vorsitzende in seinem Geschäftsbericht, daß die Vorstandschaft in den letzten Jahren nicht müßig war, sondern für die Belange der Seminare u. ihrer Lehrer arbeitete. Nicht verschwiegen konnte werden, daß die Seminare infolge des Lehrkräfteüberschusses ein zweites Mal einer Notzeit entgegensehen und so empfindlichste Beeinträchtigung erfahren werden, nachdem die Bundes des ersten Lesjahres kaum vernarrt sind. Ob es nicht besser wäre, anstatt völliger Sperre der Neuaufnahmen, wie dies auch zum Frühjahr 1933 angeordnet ist, jedes Jahr die halbe Anzahl Klassen besserer Auslese aufzunehmen und so der Qualität des Lehrstandes und auch der Abhilfe der Berufswahlnot junger befähigter Menschen zu dienen, möge hier dahingestellt bleiben.

Innungsversammlung der Konditoren des Schwarzwaldkreises

Gestern versammelte sich eine stattliche Anzahl Berufskollegen aus Altensteig, Calw, Freudenstadt, Gorb, Liebenzell, Neuenbürg, Schramberg und Wildbad in der „Traube“ in Magold zur Erörterung von Standesfragen und Stellungnahme zur Getränkesteuer.

Straßensperre

Wegen Kanalarbeitsarbeiten in der Gemeinde Kuppingen ist der gesamte Durchgangsverkehr auf der Nachbarschaftsstraße Ruffingen-Kuppingen-Oberjettingen gesperrt. Umleitung über Dertzenberg.

Wahlhumor

In einem oberbayerischen Dorf begann ein Wahlredner mit folgenden schwungvollen Worten: „Ich möchte lieber dem Raubfisch des Wäldleins lauschen, als hier oben stehen und eine Wahlrede halten.“ Diese Einleitung ging einem kernigen oberbayerischen Bauern über die Hutshaut. Dabei mag die gegenwärtige Einstellung des Wahlredners den Kerger des Bauern verstärken haben. Er machte den Zwischenruf: „Und ich möcht lieber Gölle führe, als dein Mist anhöre!“ Die verheerende Wirkung der Worte kann man sich leicht vorstellen. — Ein Gastwirt in Rannheim's Reststadt, der die Symbole des Hakenkreuzes, des Sowjetsternes und der Eiserne Front auf einer Fahne vereinigt hatte, die aus schwarz-weiß-rotem, schwarz-rot-goldenem Tuch zusammengesetzt war, setzte den Spruch darunter: „Einigkeit macht stark!“

Vom neuen Reichstag. Die am 6. November gewählten Reichsgeordneten erhalten ihre Freikarten für Eisenbahn usw. vom Tag der Feststellung ihrer Wahl ab, die Diäten von 600 Mk. monatlich dagegen erst einen Tag vor dem Zusammentritt des Parlaments, also von Anfang Dezember ab. Die Abgeordneten des alten Parlaments behalten ihre Freikarten noch bis zum 8. Tag nach der Neuwahl, die Diäten haben mit dem 6. November aufgehört.

Abend- und Sonntagverkauf in Apotheken. In einer Klagesache hat das Reichsgericht entschieden, daß der Abend- und Sonntagverkauf in Apotheken sich nicht auf kosmetische Gegenstände wie Lippenstifte, Gesichtspuder, Seifen, Kaffertingeln, Haarmasser usw. erstrecken darf, sondern auf Mittel für Krankenheil- und Pflegezwecke beschränkt ist.

Windersbach, 8. Nov. Einen Wahlprüfungsbesonderer Art fand man am Sonntag in der Wahlurne. Darauf stand: Jakobus 4, V. 1-2 und Jakobus 5, Vers 3-4. Wen es interessiert, der schlage nach.

Schöne weiße Zähne

erhalten Sie bei höchstem Gebrauch von Chlorodont, der Zahnpaste von höchster Qualität. Sparsam im Verbrauch. Tube 50 Pf. und 100 Pf. Bestellen Sie nur Chlorodont und weisen Sie jeden Erfolg dafür zurück.

Calw, 8. Nov. Vom Dach gekürzt. Gestern nachmittag kurz vor 4 Uhr, kürzte in der Lederstraße ein Dachbeder, der auf dem Dach eines Hauses beschäftigt war, aus etwa 15 Meter Höhe ab. Er blieb schwerverletzt auf dem Straßenpflaster liegen und mußte sofort in das Krankenhaus Calw gebracht werden.

Affekt, 8. Nov. Bettlerstreichheit. In eine Wohnung kam ein alter Hectbruder zweimal, das zweite Mal unter dem Vorwand, er wolle nur seine Kupfermünzen eintauschen. Den Augenblick, solange die Hausfrau den Geldbeutel holt, benützte er, um ein paar braune Halbshuhe (mit ausgeharter Chromleder-Sohle) unter seinem Mantel verschwinden zu lassen. Der Verlust der Schuhe wurde allerdings erst gestern abend bemerkt.

Gorb, 8. Nov. Ein Jubiläum. Am 8. November sind es 30 Jahre, seit Franz Rimmle als Nachtwächter und Totengräber in den Dienst der Stadt Gorb getreten ist. 30 Jahre galt seine Fürsorge zu gleichen Teilen den Lebenden und den Toten; auf rund 10 000 nächtlichen Kundgängen hat er Haus und Hof seiner Gorbter Mitbürger bewacht und für rund 700 Tote hat er die letzte Wohnung gebaut.

Letzte Nachrichten

Roosevelt Präsident von USA.

New York, 9. Nov. 8.15 Uhr vormittag. Der demokratische Präsidentschaftskandidat Roosevelt, ist mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden.

Der Völkische Beobachter bis zum 14. November verboten.

München, 8. Nov. Der „Völkische Beobachter“ ist heute abend laut Beschluß der Polizeidirektion München mit sofortiger Wirkung bis zum 14. November d. Js. verboten worden. Die nationalsozialistische Parteikorrespondenz schreibt, das Verbot sei erfolgt wegen eines Artikels in der Ausgabe vom 6. 7. November, dessen Ueberschrift lautete: „Herr von Papen hält eine von Beranglimpungen gegen Adolf Hitler strotzende Kund-sunkrede.“

Zeltungsverbot

Halle, 8. Nov. Der Oberpräsident hat den sozialdemokratischen „Volksboten“ in Zelt wegen Berächtlichmachung des Reichsfanzlers auf 3 Tage verboten.

Der Euliner Oberbürgermeister Dr. Stoffregen wieder im Amt.

Eutin, 9. Nov. Unter Führung des Staatsministers Paulström am Dienstag abend eine odenburgische Regierungskommission in Eutin ein, die längere Zeit mit dem seines Amtes entsetzten Bürgermeister Dr. Stoffregen verhandelte. Zum Schluß der Besprechungen wurde dem Bürgermeister mitgeteilt, daß die Beförderung der Amtsenthebung vom odenburgischen Ministerium aufgehoben worden sei. Bürgermeister Dr. Stoffregen bleibt demnach im Amt.

Die Strafanträge im Schweidnitzer Prozeß.

Schweidnitz, 8. Nov. Im Schweidnitzer Sondergerichtprozeß beantragte der Staatsanwalt gegen Wagner 6 Jahre einen Monat Zuchthaus, gegen Wolter 6 Jahre Zuchthaus, gegen Polomoti fünf Jahre sechs Monate Zuchthaus.

Kriegsrecht in Neumezito.

Santa Fé (Neumezito), 8. Nov. Der Gouverneur von Neumezito hat für vier Bezirke des Staates das Kriegsrecht verhängt. Die Wahlurnen werden entsprechend dem Ersuchen der Bezirke von der Nationalgarde geschützt.

Die besten Tennisspieler der Welt kommen auf ihrer Europa-Tournee am 29. und 30. November nach Stuttgart (Stadthalle). Am ersten Abend spielen im Einzel Nishlein gegen Eiden und Barnes gegen Rajuch. Im Doppel Barnes-Eiden gegen Rajuch-Nishlein. Das Turnier beginnt abends 8.15 Uhr. Der Vorverkauf ist im Gang.

Aus aller Welt

Wo wohnt der frühere Oberbürgermeister Gustav Böß von Berlin? Darüber gibt die „Konstanzer Zeitung“ Auskunft, indem sie schreibt: In Konstanz hält sich immer noch die Meinung, Gustav Böß, vormals Oberbürgermeister von Berlin, wäre, allem Widerspruch zum Trotz, Besitzer oder Teilbesitzer von Schloß Gottlieben, und eines Tags würde er doch noch dort einziehen. Herr Böß ist lange Zeit gereist, um ein geeignetes Städtchen zu finden, wo er von dem Ruhm seines Amtes als Chef der Reichshauptstadt ausruhen könnte. Dann hat er sich in Godesberg am Rhein angekauft und jüngst seinen Ruheflücht dort aufgeschlagen. Godesberg ist berühmt durch seine Weine. Godesberg wird aber noch berühmter, nämlich wegen der Eigenschaft, daß sich dort bisher schon 61 pensionierte Oberbürgermeister und Bürgermeister niedergelassen hatten, und daß mit dem ehemals mächtigen Städtchen von Berlin dort das 62. pensionierte Stadtoberhaupt seinen Wohnflücht aufgeschlagen hat. Godesberg ist der größte deutsche Bürgermeisterpensionsflücht geworden.

Wie wählten Männer und Frauen? Das statistische und Wahlsamt der Stadt Köln hat eine Aufstellung gemacht über die Beteiligung der Männer und der Frauen an der Wahl. Wie üblich überwiegen beim Zentrum die Frauenstimmen erheblich, nämlich 60 117 zu 38 619 Männerstimmen. Bei den Nationalsozialisten überwiegen die Männerstimmen, 41 742 zu 34 258. Für die Sozialdemokraten stimmten 35 567 Männer und 29 097 Frauen. Auch die Kommunisten zeigen ein erhebliches Mehr an Männerstimmen, 55 494 zu 35 600 Frauenstimmen, ungefähr gleich liegt die Beteiligung bei der Deutschen Nationalen Volkspartei, der Männeranteil ist nur um ein geringes höher, 10 733 Männer- und 9849 Frauenstimmen. Dasselbe Bild zeigt das Wahlergebnis bei der Deutschen Volkspartei, wo sich auch Männer- und Frauenstimmen ungefähr auf derselben Höhe bewegen: 5348 Männer- und 4957 Frauenstimmen. Bei kleineren Parteien findet man zum Teil wieder ein Ueberwiegen der Frauenstimmen, so beim Christlichsozialen Volksdienst, für den 1137 Frauen stimmten und nur 757 Männer. Auch beim Landvolk und der Volksrechtspartei überwiegen die Frauenstimmen.

Elberich nicht der Mörder. Der wegen Verdachts des Doppelmordmordes in Köln verhaftete 21jährige Kaufmann Elberich aus Duisburg kommt für den Kölner Mord nicht in Frage, da er nachweisen konnte, daß er zur Zeit des Mordes nicht in Köln war. Die drei Kölner Personen, die ihn dort gesehen haben wollten, haben sich geäußert. Das in seiner Altenteilsche gesunde Weisung aus der Wohnung seiner Eltern und Elberich hatte es benützt, um den Geldschrank seines Vaters aufzubrechen. Das scheußliche Verbrechen ist also noch nicht aufklärt.

Die schmeckt ja ganz anders

Der Unterschied zwischen 3 1/2 Pf.-Zigaretten schlechthin und der Waldorf-Astoria-Zigarette OBERST fällt jedem sofort auf! Zu verwundern gibt's dabei eigentlich nichts. Die OBERST wird ja immer noch aus demselben echt macedonischen Tabak gemacht wie früher, als sie noch 5 Pfennig kostete. Da muss sie doch besser sein!



OBERST die 3 1/2 Pf.-Zigarette

3 1/2 OBERST Bei der nach teurer Marken Art sich Milde mit AROMA paart.

Schnellzug Paris-Amsterdam entleert. Der internationale D-Zug 131 Paris-Amsterdam ist am Dienstag 15 Kilometer von Brüssel entleert. Personen sind nicht verletzt worden, dagegen wurden Wägen beschädigt.

Falkenfabrik in staatlicher Hände. In Wellington, der Hauptstadt des britischen Dominions Neuseeland, wurde die Entdeckung gemacht, daß eine Anzahl Arbeiter und Angestellte der staatlichen Münzprägestätte mit den amtlichen Stempeln unzulässig große Mengen solcher Silbermünzen aus minderwertigem Metall hergestellt und in den Verkehr gebracht haben.

Sturm über Mittelamerika. Ueber Mittelamerika und dem Karibischen Meer wütete am Montag ein furchtbarer Sturm, der große Schäden anrichtete. Ein amerikanischer und ein englischer Dampfer gerieten in Seenot und gaben SOS-Zeichen.

Handel und Verkehr

Steuerscheine für Mietzahlung

Zur Erleichterung der Gehaltszahlung an Beamte hat die Stadtverwaltung Baden-Baden sogenannte Steuerverrechnungsscheine eingeführt, die von Beamten bei der Mietzahlung vorzulegen sind. Die Scheine haben einen Wert von fünf Mark und tragen als Aufschrift u. a. folgende Aufschrift: „Die Stadt Baden-Baden anerkennt, aus Gehaltsverpflichtungen fünf Reichsmark zu schulden. Der Gläubiger kann diese Gehaltsforderung an seinen Vermieter zur Abdeckung von Mietverbindlichkeiten abtreten. Der Vermieter ist berechtigt, die Forderung zur Befreiung von Steuerzuschüssen an die Stadtstelle zu verwenden.“

Berliner Hundkurs, 8. Nov. 13,919 G., 13,95 B. Berliner Dollarkurs, 8. Nov. 4,209 G., 4,217 B. D. Wk.-Wkt. 55,10, ohne Kurs. 6,80. Privatdiskont 3,875 v. h. kurz und lang. Württ. Südbrems, 8. Nov. Grundpreis 40,90 RM. d. Ag.

Spartkassen und Steuerscheine. Einem früheren Vorschlag entsprechend, für die kleinen Steuerzahler rechtzeitig die Verminderung der Steuerzuschüsse unter 500 RM. zu erleichtern, wurde jetzt mit den Spartkassen darüber verhandelt, wie sie ihrer Kundenschaft bei der Verminderung helfen können. Das wird voraussichtlich so geschehen, daß die Spartkassen die kleinen Scheine 0,5 v. h. unter dem Barfußzuschußstufens übernehmen und sie an die Girozentralen bezug, an die deutsche Girozentrale weitergeben. Die deutsche Girozentrale wendet dann die kleinen Scheine in große Scheine um und lacht diese an der Börse oder evtl. durch direkte Weitergabe an Interessenten zu veräußern. Das halbe Prozent Abzug vom Tageskurs soll eine Versicherung gegen Kurschwankungen zwischen Übernahme und Verwertung darstellen. Die Sonderbehandlung für die kleinen Scheine erfolgt im Interesse der Kleinrentner. Sie wird wohl ähnlich auch bei Banken und Genossenschaften usw. möglich sein.

Das Weltrennen im Schiffbau. Nachdem kürzlich der 73 000 Tannent große Riesendampfer in St. Nazaire vom Stapel gegangen ist, hat nun auch, wie verlautet, die englische Cunard-Linie beschlossen, den Bau des schon längere Zeit in Clydebank auf Stapel liegenden Riesendampfers wieder aufzunehmen und ein Schwermetall in Auftrag zu nehmen. Die Gesellschaft soll beschließen, zu diesem Zweck eine langfristige Anleihe von 5 MILL. Pfd. Sterling (112 MILL. RM.) auszugeben.

Handelsvertrag Eisenbahngesellschaft. Die Eisenbahngesellschaft (japanische) Eisenbahngesellschaft, die auch Eisenhüttenwerke betreibt, hat in letzter Zeit unter Ausnutzung des niedrigen Standes des japanischen Yen (89 J statt normal 2 A) und der überaus niedrigen Arbeitslöhne Rohisen nach Europa verkauft, und sie beabsichtigt, das europäische Geschäft möglichst auszubauen. Auch deutsche Einfuhrhändler haben manchesterisches Eisen gekauft.

Eingung im Junters-Vergleich. Zwischen Prof. Junters in Dessau und seinem Gläubigerverband ist es zu einer Einigung in den langwierigen Vergleichsverhandlungen gekommen. Der Vorschlag wurde durch ein Zulassabkommen für die Gläubiger verbessert. Von dieser Einigung war die Erwerbung des Junterswerks zur Herstellung von Hochwasserapparaten usw. durch die Robert Bosch AG. abhängig gemacht.

Verbindlichkeitsklärung des Braunkohlenscheinspruchs abgelehnt. Der Reichsarbeitsminister hat den Antrag des Reichsverbandes deutscher Bergbauangestellter und des Gewerkschaftsbundes der Angestellten auf Verbindlichkeitsklärung des Scheinspruchs für den Braunkohlenbergbau vom 14. Oktober 1932 abgelehnt mit der Begründung: Zwischen dem Arbeitgeberverband für den Braunkohlenbergbau und dem Verband des Kgl. Freien Angestelltenbundes ist eine freie Vereinbarung zustande gekommen. Es erscheint daher nicht angebracht, durch Verbindlichkeitsklärung einen Tarifvertrag zwischen dem Arbeitgeberverband und den an der Vereinbarung nicht beteiligten Angestelltenverbänden zu schaffen.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt, 8. Nov. Dem Dienstagmarkt am Rüd. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 48 Ochsen (unterteilt 14), 48 Bullen, 228 (3) Hammeln, 245 (6) Kühe, 353 (25) Kinder, 1189 Kälber, 2368 (130) Schweine, 5 Schafe, 1 Flegel. Marktverlauf: Großvieh und Kälber mäßig befehrt, Schweine langsam, wenige Fetttschweine über Notiz.

Table with market prices for various goods like Hühner, Enten, Gänse, etc. Columns include item name and price ranges.

Wm. 8. Nov. Schlachtviehmarkt. Zutrieb: 10 Ochsen, 14 Fohlen, 18 Kühe, 15 Kinder, 162 Kälber, 302 Schweine. Preise: Ochsen 1. 25-27, Fohlen 1. 19-20, 2. 16-18, Kühe 2. 12-15, Kälber 1. 28-30, 2. 26-27, Kälber 1. 32-34, 2. 28-30, Schweine 1. 40-42, 2. 37-39. Marktverlauf: In allen Gattungen langsam geräumt.

Plozheim, 8. Nov. Schlachtviehmarkt. Zutrieb: 24 Ochsen, 15 Kühe, 43 Kinder, 27 Fohlen, 28 Kälber, 5 Schafe, 511 Schweine. Preise: Ochsen 1. 30-32, 2. 27-29, Fohlen 1. 26, 2.

und 3. 24-22, Kühe 1. 24, 2. und 3. 20-12, Kinder 1. 33-35, 2. 30-32, Kälber 2. 33-42, 3. 33-36, Schweine 2. 45-46, 3. 44-45. Marktverlauf: mäßig befehrt.

Viehpreise. Hechingen: Kinder 70-280, kräftige Kälbinnen und Kühe 280-400, Wurfbühe 80-140. - Cangenau: Kühe 330, Jungkinder 71-190, Jungfarnen 80-120. A.

Schweinepreise. Hechingen: Milchschweine 10-16, Käufer 46. - Hechingen: Milchschweine 12,50-20. - Cangenau: Milchschweine 17-21. - Oberhesseln: Milchschweine 12-19. - Saulgau: Ferkel 13-20. - Tübingen: Milchschweine 10-16. - Wangen i. N.: Ferkel 9-15. A.

Ferkelpreise. Hechingen: Kernen 11,20, Weizen 11, Roggen 9, Gerste 9-9,20, Hafer 6,10-6,30. - Tübingen: Weizen 11 bis 12,50, Dinkel 9, Gerste 8-8,50, Hafer 6,70-7. A.

Plozheim, 8. Nov. Pferdemarkt. Zufuhr 68 Pferde, darunter 2 Fohlen. Preise: Schlachtpferde 40-100, leichte Pferde 100-350, mittlere 400-800, schwere Arbeitspferde 800-1100. A.

Stuttgarter Großmarkt, 8. Nov. Obst. Kefel 12-20, Edelstein bis zu 25, Kirschen bis zu 10, Birnen 10-20, Quitten 8-12, Walnüsse 25-32 Pf. d. Pfd., Trauben 15-25 Pf. Bruttofruchtgewicht. - Gemüse: Kraut 2,5-3, Kohl und Rotkraut 4-5, Rosenkohlkröschen 15-22, Spinat 10-15, Gelbe Rüben 4-5, Zwiebeln 6-7, Kartoffeln 2,5-3 (im Kleinverkauf überwiegend 5 Pf.) d. Pfd., Schwarzwurzeln 25-35, Karotten 6-12, Rote Rüben 5-6, junge Kettiche 7-8 Pf., der Bund, Salatgurken bis zu 50 Pf., Blumenkohl bis zu 40, Kohlraben 3-5, Rosenkohlkröschen 10-12 Pf. d. St.

Stuttgarter Kartoffelmarkt auf dem Wilhelmplatz, 8. Nov. Zufuhr 300 Ztr., Preis 5-5,40 A für 1 Ztr.

Stuttgarter Mostobstmarkt auf dem Nordbahnhof, 7. Nov. Seit 4. November wurden 88 Wagen neu zugeführt, und zwar aus Württemberg 2, Bayern 1, Österreich 35, Tschechoslowakei 2, Südschweden 44, Italien 4. Nach auswärts sind inzwischen 23 Wagen abgegangen. Preis heute wagenweise für 10 000 Kg. von 700 bis 900 A, und zwar für Obst aus Italien 700-750 A, im übrigen 850-900 A, im Kleinverkauf 4-5,30 A für 50 Kg. Marktlage lebhaft.

Stuttgarter Kartoffelmarkt auf dem Leonhardplatz, 8. Nov. Zufuhr: 100 Ztr., Preis 2,70-3 A für 1 Zentner.

Erste Berliner Notierung für deutsche „Handelsklassen-Eier“. Das durch Geley auch für deutsche Eier vorordnete Handelsklassensystem ist am Dienstag in den von der Berliner Notierungskommission festgesetzten Preisen erstmalig zum Ausdruck gekommen. Man unterscheidet bei deutschen Handelsklassen-Eiern neuerdings zwischen vorklassischen (Güte 1) und frischen Eiern (Güte 2) und unterteilt in fünf Gruppen: Sonderklasse 65 Gramm und darüber, Größe A unter 65-80 Gramm, Größe B unter 60-55 Gramm, Größe C unter 55-50 Gramm, Größe D unter 50-45 Gramm.

Das Wetter

Nordöstlicher Hochdruck kommt nur wenig zur Geltung. Für Donnerstag und Freitag ist zwar zeitweilig freundlicheres, aber nicht beständiges Wetter zu erwarten.

Gekorbene: Wilhelm Strobel jr., 74 J., Vahnenhardter Mühle D. A. Horb.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten einschließlich der Beilage Haus, Garten- und Landwirtschaft.

Bekanntmachung betr. die gefeßliche Miete. Infolge der Herabsetzung der Gemeindeumlage für 1932 von 22 auf 21 Prozent ermäßigt sich auch der Umlagezuschlag in Nagold von 3 1/2 Prozent um 1/2 Prozent auf 3 Prozent. Die gefeßliche Miete für Wohnungen beträgt deshalb ab 1. April 1932 in Nagold nur noch (110 Prozent und 3 Prozent) 113 Prozent der Friedensmiete. Nachdem der Voranschlag für 1932 vollziehbar ist, wird dies hiemit öffentlich bekannt gemacht. Nagold, den 8. November 1932. 1288 Bürgermeisteramt: Maier.

Wohnungs- und Geschäftsverlegung. Meine Wohnung und Büro befindet sich von nun ab im ersten Stock in meinem Hause Nr. 519 beim Jöhlinger Tor. Albert Preßburger Immobilien und Hypotheken Horb a. N., Telefon 238

Wer magt gewinnt! Kaufen darum auch Sie ein Loß aus der Kollekte von G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold. Große württ. Geldlotterie zugunsten der Kirche in Einlagen/A. Jedes 10. Loß gewinnt! Sofortige Gewinnausszahlung. Losbrief 1 A. Kinderheilstätten-Lotterie Ziehung am Mittwoch 23. Nov. Loß A 1.- Bayer. Tarbstummen-Geld-Lotterie Höchstgewinn 10 000 RM. Doppellos 1 RM. Ziehung am 19. Nov. 1932. Eisenacher Geld-Lotterie Höchstgewinn auf 1 Doppellos 5000 RM. Lose à 50 Pf., Doppellos à 1 RM. Ziehung am 8. Dez. 1932.

Ein starkes Rad. Ist unser gutes Edelweißrad. Es trägt den schwersten Fahrer mit dem schwersten Gepäck auf den schlechtesten Wegen bei spielend leichtem Lauf und dennoch ist es erstaunlich billig. Katalog 130 mit neuesten Preislisten, auch über Nähmaschinen und allem Fahrradzubehör senden an jeden gratis und franco. Bisher über 1/2 Million Edelweißräder schon geliefert. Das könnten wir wohl nimmermehr, wenn unser Edelweißrad nicht gut und billig wäre. Edelweiß-Decker, Deutsch-Wartenberg 33 Fahrradbau-Leistungsfähigkeit pro Woche 1000 Edelweißräder. Jetzt billigere Preise

Lesen Sie das neue interessante Heft DAS MAGAZIN. Soeben erschienen Preis 1 Mark. Probenete geg. u. Einschließung von 30 Pf. in Porto durch G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Emmingen, den 8. Nov. 1932. 1287. Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, Großvaters, Bruders, Schwagers und Onkels Friedrich Weitbrecht, Schreiner für die vielen Kranzspenden, sowie für den erhebenden Gehalt des Liederkranzes und für die zahlreiche Leichenbegleitung von nah und fern sagen innigsten Dank die trauernden Hinterbliebenen.

Illustrierte Zeitschriften. Zu beziehen durch die Buchhandlung Zaiser, Nagold. Heute abend 8 Uhr Gesamtprobe „Traube“.

Mittwoch und Donnerstag 1289. Mebelsuppe in der „Krone“. Ab 1. November habe ich die Apotheke in Wildberg übernommen und empfehle mich einer werten Kundschaft Absolut zuverlässige, reelle Bedienung Allopathie und Homöopathie. Drogen, Gewürze, Chemikalien, Artikel zur Krankenpflege, Toilettenartikel, Photoartikel. Hermann Haasis, Apotheker.

Bekannt wird. Ihr Bestreben sein müssen, dafür zu sorgen, daß Ihr Name bei den Kunden haften bleibt. Dies erreichen Sie durch gute Reklame im Gesellschafter. Nagolder Tagblatt, dem Blatt des Oberamts-Beyrats Nagold.